

Regierungsrat will jetzt doch eine Einheitspolizei

Seit 2007 hat der Aargau eine Kantonspolizei und 15 Regionalpolizeien. Der Regierungsrat schlägt dem Grossen Rat nun einen Systemwechsel zur Einheitspolizei vor. Zudem soll der Polizeibestand erhöht werden.

Dominic Kobelt

Nachdem sich der Regierungsrat noch vor einem knappen Jahr gegen eine Einheitspolizei ausgesprochen hat, will er jetzt doch eine Abkehr vom dualen System. An einer Pressekonferenz am Freitag wurde erläutert, wie es dazu kam und wie der Wechsel vonstatten gehen soll. Das sind die wichtigsten Fragen und Antworten:

Wie sieht das heutige System aus?

Seit 2007 gibt es im Aargau eine duale Polizeiorganisation: Die 15 Regionalpolizeien sind für die lokale Sicherheit verantwortlich, die Kantonspolizei für die Kriminalpolizei, das Bedrohungsmanagement sowie die Sicherheits-, Verkehrs- und Verwaltungspolizei, sofern nicht die Regionalpolizeien zuständig sind.

Was gibt es damit für Probleme?

Das duale System wurde schon mehrfach untersucht. «Grundsätzlich funktioniert es und die Aargauerinnen und Aargauer fühlen sich sicher», betonte Regierungsrat und Polizeidirektor Dieter Egli (SP). Im dualen System gebe es aber einen hohen Koordinationsaufwand – die Kantonspolizei könne die gesetzlich vorgeschriebene Führungsfunktion nicht im gebotenen Umfang wahrnehmen. «Auch die Fallübergabe ist mit Wartezeiten verbunden.»

Kantonspolizei-Kommandant Michael Leupold gab konkrete Beispiele: «Bei einem Unfall wird die Patrouille aufgeboden, die sich am nächsten befindet. Ist diese von der Regionalpolizei, dann sichert sie die Unfallstelle ab, kann aber keine Tatbestandsaufnahme machen, sollte es zu einer Anzeige kommen.» In diesem Fall müsse die Regionalpolizei auf die Patrouille der Kantonspolizei warten. «Die Kantonspolizei ist auch für das entsprechende

Ermittlungsverfahren zuständig.» Ein weiteres Beispiel: Wem das Fahrrad gestohlen wird, der kann das auf dem Posten einer Regionalpolizei melden, wer einem Cyberbetrug zum Opfer gefallen ist, muss damit zur Kantonspolizei. «Es kommt vor, dass Leute auf dem <falschen> Posten erscheinen», so Leupold.

Zuerst wollte der Regierungsrat am dualen System festhalten. Warum ist er umgeschwenkt?

Bei der vertieften Analyse sei man zum Schluss gekommen, dass das momentane System zwar gut funktioniere, im Hinblick auf die Zukunft aber eine Einheitspolizei sinnvoller sei, sagte Egli. Dies insbesondere, um besser für Herausforderungen wie Cyber- und Strukturkriminalität gewappnet zu sein. Die ausführliche Antwort lesen Sie im Interview mit Regierungsrat Dieter Egli.

Was wären die Vorteile der Einheitspolizei?

Wenn es nur noch eine Polizei gibt, fallen auch die Schnittstellen weg, die Führung wäre einfacher. Und die Bürgerinnen und Bürger müssen sich nicht mehr überlegen, wer zuständig ist. Alle Polizistinnen und Polizisten wären für alle Aufgaben einsetzbar. Damit könnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der heutigen Regionalpolizeien beispielsweise auch für interkantonale Einsätze, etwa bei Fussballspielen oder zur Bewachung von Botschaften, aufgeboden werden. Das ist momentan nicht möglich.

Könnte der Posten der Regionalpolizei in meiner Gemeinde verschwinden?

Nein. «Das Netz an Polizeiposten soll erhalten werden», sagte Leupold, und stellte klar: «Das ist keine übergangsrechtliche Regelung, sondern das, was

Sinn macht.» Momentan gibt es Stützpunkte der Regionalpolizei, der Kantonspolizei und gemeinsame Standorte – künftig wären alle Posten gleich.

Müssen Mitarbeitende der Regionalpolizeien jetzt um ihren Job bangen?

Nein. Den Angehörigen der Regionalpolizeien, sowohl den ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten als auch den Zivilangestellten, soll eine Stelle bei der neuen Polizeiorganisation angeboten werden.

Können mit dem Wechsel zur Einheitspolizei Kosten gespart werden?

Es ist zumindest nicht das primäre Ziel. Durch Synergien könnten sich allenfalls kleine Einsparungsmöglichkeiten ergeben.

Was würde ein Wechsel zur Einheitspolizei kosten?

Genau kann man das noch nicht sagen. Der Umbau wäre zwar nicht gratis, beispielsweise weil Fahrzeuge neu beschafft werden müssen, dies ist aber auf das gesamte Budget betrachtet eher marginal. Die technischen Systeme sind bereits zusammengeschlossen, da die Polizeien auch heute schon zusammenarbeiten. Regierungsrat Dieter Egli rechnet damit, dass sich die Betriebskosten für eine Einheitspolizei etwa im selben Rahmen bewegen würden wie mit dem heutigen System.

Wer ist für, wer ist gegen die Einheitspolizei?

In der Vernehmlassung sprachen sich die SVP, die GLP und die Grünen für eine Einheitspolizei aus, die SP für eine Einheitspolizei+, FDP, EDU, Mitte und EVP sprachen sich ganz oder eher für das duale System aus. Allerdings waren auch innerhalb der Parteien verschiedene Meinungen zu hören. Am meisten Widerstand war aus den Gemeinden zu

vernehmen. Wie sich Politikerinnen und Politiker nach der heutigen Pressekonferenz geäussert haben, lesen Sie im Reaktionen-Artikel.

Warum wehren sich die Gemeinden, obwohl die Polizeiposten erhalten bleiben?

Es sind nicht alle Gemeinden gegen eine Einheitspolizei. Diejenigen, die dagegen sind, fürchten wohl auch, dass sie künftig weniger Einfluss haben könnten – ein Vorteil der Regionalpolizeien ist, dass diese lokal verwurzelt sind und oft auch einen direkten Draht zu den Gemeindebehörden haben. Doch die Gemeinden hätten auch einen Vorteil: Sie hätten künftig nur noch einen Ansprechpartner.

Wie soll sich der Polizeibestand ändern?

In keinem anderen Kanton ist die Polizeidichte so tief wie im Aargau – im Polizeigesetz ist ein Verhältnis von einem Polizisten auf 700 Einwohner als Mindestbestand festgehalten. Darin enthalten sind Spezialkräfte, die etwa in der Bekämpfung der Cyberkriminalität oder des Menschenhandels tätig sind (27 Stellen).

Besonders in diesem Bereich bestehe Handlungsbedarf, erläuterte Andreas Bamert, Generalsekretär des Innendepartements. «Das Verhältnis 1:700 soll beibehalten werden, jedoch soll der über diese Verhältniszahl hinausgehende Personalbedarf der Kantonspolizei mittels periodischer Standortbestimmungen geplant werden.» Die Polizei soll also mehr Personal erhalten, unabhängig davon, welches System sich am Ende durchsetzt.

Die Bestandsentwicklung im Bereich der Grundversorgung erfordere zwischen 2028 und 2035 die Schaffung von insgesamt 80 Stellen, also jährlich zehn Stellen, erklärte Bamert weiter.



Die Personalkosten im Bereich der polizeilichen Grundversorgung steigen demnach jährlich um 1,6 Millionen Franken.

Wie geht es nun weiter?

Bis Ende Jahr soll die Sicherheitskommission des Grossen Rates den Planungsbericht für die neue Polizeiorganisation beraten. Im 1. Quartal 2024 soll das Geschäft in den Grossen Rat kommen. Geht es nach dem Willen des Regierungsrats, wird das Innendepartement danach eine Anhörungsvorlage zur Umsetzung der beschlossenen Leitsätze erarbeiten. Die Beratungen der Anhörungsvorlagen im Grossen Rat sind für 2025, die Volksabstimmung für 2026 geplant – diese ist nötig, weil es eine Änderung der Kantonsverfassung braucht. Danach würde der Transformationsprozess gestartet werden, der voraussichtlich bis 2027 dauern würde.

Warum wollen Sie nun doch die Einheitspolizei?

Wir haben Polizeivorsteher Dieter Egli nach den Gründen für den Kurswechsel gefragt.

Dominic Kobelt

An einer Medienkonferenz im November 2022 haben Sie gesagt, eine Zusammenlegung von Regional- und Kantonspolizei sei nicht zielführend. Jetzt wollen Sie doch eine Einheitspolizei. Woher der Sinneswandel?

Dieter Egli: Im Frühling 2021 haben wir das Resultat der letzten Evaluation präsentiert, diese hat ergeben, dass das duale System im Alltag gut funktioniert. Sie hat aber auch Verbesserungspotenzial eruiert, was die Koordination, Verbindlichkeit der Zusammenarbeit, den Informationsaustausch und die Schnittstellen betrifft. Daraus folgten zwei Szenarien: Weiter mit dem bisherigen System und dieses verbessern oder ein Wechsel zur Einheitspolizei. Wir haben uns damals für eine Beibehaltung des Systems ausgesprochen und eine Vernehmlassung



Dieter Egli erklärte an der Medienkonferenz die Vorzüge der Einheitspolizei.

Bild: Dominic Kobelt

durchgeführt. Die Rückmeldungen waren sehr kontrovers. Zudem müssen wir nach einer vertieften Analyse feststellen, dass die Weiterführung der dualen Polizeiorganisation in der jetzigen Form mittel- und langfristig nicht mehr denkbar ist. Den gestiegenen Anforderungen an

die Polizeiarbeit sind wir letztlich mit einer Einheitspolizei besser gewachsen. Eine nachhaltige Optimierung der dualen Polizeiorganisation würde derart tiefgreifende Massnahmen erfordern, dass dadurch die Eigenständigkeit der Regionalpolizeien faktisch ausgehebelt würde.

Was sind denn die Herausforderungen der Zukunft, für die eine Einheitspolizei besser gerüstet wäre?

Das sind neue Formen der Kriminalität wie Cyberkriminalität und organisierte Kriminalität im grossen Stil, die sich nicht an territoriale Grenzen halten. Hinzu kommen Trends wie die zunehmende Mobilität, das Bevölkerungswachstum und Migrationsbewegungen, Terrorismus oder die Urbanisierung ursprünglich ländlicher Regionen. Eine Herausforderung ist auch die stetig wachsende Komplexität der rechtlichen Vorgaben.

Hatte das Lobbying von ehemaligen Kapo-Spitzenleuten oder die Position von Polizeikommandant Michael Leupold Einfluss auf den Meinungsumschwung?

Polizistinnen und Polizisten haben selbstverständlich eine Meinung, den politischen Prozess beeinflusst das aber nicht. Die Befürchtung ist, dass wir mit der Beibehaltung des dualen Systems in fünf Jahren vor derselben Frage stehen wie heute. Deshalb ist der neue Vorschlag des Regierungsrats nur ehrlich und konsequent.

In einer gemeinsamen Stellungnahme der Gemeindeammänner-Vereinigung des Kantons Aargau und der Konferenz der Regionalpolizeien des Kantons wehren sich die Organisationen bereits gegen die Einheitspolizei. Ohne die Unterstützung der Gemeinden wird es schwierig.

Es wird sicher eine Herausforderung werden, die Gemeinden zu überzeugen. Die Regionalpolizeien sind organisch gewachsen, sind regional verankert und haben einen direkten Draht zu den Behörden. Doch auch eine Einheitspolizei wird vor Ort sein, Polizeiposten werden keine geschlossen. Es ist klar: Die Polizei muss in den Regionen und Gemeinden präsent sein und die lokale Sicherheit weiterhin gewährleisten.

Wie sieht es denn mit der Finanzierung aus? Werden beispielsweise die Einnahmen aus Radarkontrollen weiterhin in die Gemeindekassen fließen?

Die Busseneinnahmen fließen auch heute nicht in die Gemeindekassen, sondern sie finanzieren die polizeilichen Leistungen mit. Bei einem Wechsel würden sie der neuen Polizeiorganisation zukommen.



Polizeikorps, hier die Kantonspolizei und die Stadtpolizei Baden, arbeiten heute schon eng zusammen. Bild: Chris Iseli (Aarau, 12. 4. 2018)

Parteien begrüßen Einheitspolizei – doch es gibt auch Ablehnung

Gemeindeammänner und Regionalpolizei-Konferenz reagieren erstaunt.

Christine Wullschlegler

Die Gemeindeammänner-Vereinigung sowie die Konferenz der Regionalpolizeien nehmen das Vorhaben des Regierungsrats enttäuscht zur Kenntnis. Mit Erstaunen habe man festgestellt, dass die Regierung «aufgrund zwischenzeitlicher Entwicklungen» zu einem anderen Schluss gelangt ist als im November 2022. An der Ausgangslage habe sich innert Jahresfrist nichts geändert. «Die Anhörung ist differenziert ausgefallen; insbesondere hat sich der Grossteil der teilnehmenden Gemeinden für die Beibehaltung und Optimierung des dualen Systems ausgesprochen. Eine Abkehr davon wäre nicht gerechtfertigt.»

Der Koordinationsaufwand für die beiden Polizeiorganisationen sei ein Nachteil. «Aber: Ein Systemwechsel löst die Abgrenzungsprobleme nicht. Bestehende Schnittstellen würden verschoben statt aufgehoben.» Zudem würden bei den Gemeinden Mehrkosten entstehen, weil sie verwaltungspolizeiliche Aufgaben übernehmen würden. «Peripheren Regionen droht eine Schwächung der Polizeipräsenz. Eine Garantie, dass das Postennetz erhalten bleibt, enthält der Bericht nicht.» Zudem wird auf die Vorteile des dualen Systems hingewiesen: «Die rund 350 Regionalpolizistinnen und -polizisten kennen die spezifischen Sicherheitsanforderungen in den Regionen.»

SVP begrüsst den Richtungswechsel

Die Aargauer SVP begrüsst den Richtungswechsel. «Die SVP beurteilt die Ausgangslage gleich wie der Regierungsrat und ist der Meinung, dass die zunehmenden Herausforderungen im Bereich Sicherheit nur durch eine Polizeiorganisation mit Führung aus einer

Hand ausreichend begegnet werden kann», schreibt sie in einer Mitteilung an die Medien.

SP: Regierungsrat bekennt sich endlich zur Einheitspolizei

Die heutige Situation ist aus Sicht der SP unhaltbar: «Effizienz geht anders», heisst es in einer Medienmitteilung. Die SP unterstützt deshalb den Plan der Regierung der Zusammenführung. «Der Entscheid zu einer Polizei für den Aargau der Regierung ist endlich klar und mutig», so Rolf Walsler, Grossrat und Präsident der Kommission für öffentliche Sicherheit (SIK).

Die Herausforderungen würden grösser, die SP nennt beispielsweise Menschenhandel oder Cyberkriminalität. «Eine Organisation macht den Weg frei, diese Themen effizient und einheitlich anzugehen. Zudem schafft die geplante Zusammenführung der Posten in den Regionen Klarheit für die Bevölkerung und die Gemeinden.»

Es brauche zudem mehr Ressourcen. Der jüngst eingereichte Vorstoss der SVP, einen Assistenzdienst aufzubauen, geht für die SP in die richtige Richtung. «Ein Assistenzdienst kann und soll die künftige Polizeiorganisation optimal unterstützen, das braucht jedoch Geld und Personal», so Grossrätin Lelia Hunziker.

EVP: Neue Polizei muss regional bleiben

Wichtig ist, so der EVP-Sicherheitspolitiker Lutz Fischer, «dass die Nähe zur Bevölkerung beibehalten wird.» Ist dies der Fall, spreche nichts gegen eine Fusion der Kantonspolizei Aargau mit den bestehenden Regionalpolizeien zu einer Polizei Aargau. «Mit einer Organisation wird die Polizei flexibler und schlagkräftiger», so Fischer.

Auch GLP ist für eine Einheitspolizei

Die GLP Aargau freut sich, dass der Regierungsrat von «seinem anfänglichen Festhalten am dualen System abrückt». Das jetzige duale System mit Regional- und Kantonspolizei stosse insbesondere bei komplexeren Fällen zusehends an seine Grenzen. Zudem gebe es Schnittstellenprobleme sowie Doppelspurigkeiten. «Für beide Themenfelder verspricht die Einheitspolizei erhebliche Verbesserungen.» Die GLP erwartet zudem dank der gesteigerten Effizienz auch Kostenvorteile.

Die FDP begrüsst klare Stellungnahme der Regierung

«Die FDP begrüsst, dass der Regierungsrat klar Stellung bezieht», sagt Silvan Hilfiker, Grossrat und FDP-Fraktionspräsident. «Die Sicherheit der Aargauer Bevölkerung steht für uns über allem. Daher ist entscheidend, dass Präsenz und Bürgernähe – unabhängig von der Struktur – gewährleistet sind.» Die lokale Präsenz dürfe keinesfalls ausgedünnt werden.

Die Mitte ist kritisch gegenüber der geplanten Einheitspolizei

Kritisch beurteilt die Mitte die Einheitspolizei, sie hatte dem ersten Entwurf und somit dem dualen System zugestimmt, weil dieses sich vor allem in Randregionen gut bewährt habe. «Die Mitte ist sich bewusst, dass die knappen Polizeibestände und die sich ändernde Polizeiarbeit einen optimalen Einsatz aller verfügbaren Mittel benötigt, um eine umfassende Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten», heisst es in einer Mitteilung. Man werde die Entwicklung der Polizeiorganisation kritisch hinterfragen und die Bedürfnisse der Gemeinden gewichten.